

Bezugspreis:
Hierfür 12. — M. monatlich 12. — M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 12. — M. einjähr. 120. —
Stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheingebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Osterreich,
Ungarn und Rumänien 22. — M. für
das übrige Ausland 24. — M. Post-
bestellungen nehmen an Osterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Kurland, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Rott und Feil“, der Unter-
haltungsbeilage „Freizeit“ und der
Beilage „Erziehung und Kriegerdenk-
mal“ erscheint monatlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.
Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die neugegründete Konkretezeitung
kostet 6. — M. „Kleine Anzeigen“
das Setzgedruckte Wort 2. — M. 120.
Wörter zwei Setzgedruckte Wörter, jedes
weitere Wort 1. — M. Stellengeld
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1. — M., jedes weitere Wort
60 Pfg. Maria über 15 Buchstaben
10 Pfg. für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnement Seite 3.50 M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldes.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Baugeschäft, Berlin 63 66, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schluss
um 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Dienstag, den 1. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Ungarn gibt nach.

Budapest, 31. Oktober. (EE.) Die Vertreter der Großen Entente erschienen heute bei dem Ministerpräsidenten Graf Bethlen und überreichten eine Note, in der es heißt, daß sie sich die Forderung der Nachfolgestaaten bzw. der Thronentsetzung zu eigen gemacht haben und nun nicht nur die Proklamierung des Thronverlustes Karls, sondern des gesamten Hauses Habsburg fordern. Dieser Schritt ist von der größten Bedeutung, da nunmehr die Haltung der Kleinen Entente durch die Große Entente unterstützt wird und nunmehr in dieser Frage kein Gegensatz mehr zwischen der Großen und der Kleinen Entente besteht, von dem man in ungarischen Kreisen gehofft hatte, ihn zu gewissen Dingen ausnützen zu können.

Sogleich nach der Uebergabe der Note fand ein außerordentlicher Ministerrat statt, der sich bis in die späten Abendstunden ausdehnte. Die Auffassung der Regierung geht dahin, daß Ungarn als souveräner Staat allein befugt sei, sich seinen König zu wählen, daß aber die ungarische Regierung anerkenne, daß die Frage der Habsburger internationale Bedeutung habe und daß daher im Zusammenhang mit dieser Lösung auch der internationalen Faktoren gedacht werden müsse. Doch gibt es für die ungarische Regierung bei der Erfüllung dieser Ententeorderung Schwierigkeiten zu überwinden, vornehmlich auf innerpolitischem Gebiete. Die Regierung kann wohl den Thronverlust des Königs bzw. des Hauses Habsburg feierlich proklamieren. Dieser Akt ist aber nur dann von internationaler Bedeutung, wenn ihn sich die Nationalversammlung zu eigen macht oder in Gesetzesform ausgesprochen wird. Das Kabinett Bethlen steht also vor der Frage, ob es für das Gesetz des Thronerzichts des Hauses Habsburg in der Nationalversammlung eine Mehrheit finden wird. Diese Mehrheit ist zwar durch die Proklamierung der Thronentsetzung Karls gefunden, aber nicht für eine solche des ganzen Hauses Habsburg. Abschließend läßt sich zur gegenwärtigen Lage sagen, daß die ungarische Regierung gemißt ist, die Forderung der Großen und der Kleinen Entente bzw. der Thronentsetzung des Hauses Habsburg unter Betonung der Souveränität Ungarns nachzukommen, daß sie aber keine Bürgschaft für die Haltung der Nationalversammlung übernehmen kann. Die Nationalversammlung wurde für Donnerstag einberufen. Die Regierung will in dieser Sitzung sofort den betr. Gesetzesvorschlag einbringen.

Budapest, 31. Oktober. (W.B.) Wie die Blätter melden, werden König Karl und Königin Zita in der Nacht zum Mittwoch von Tihany nach Duna-Iszoldvar gebracht werden, wo sie von dem inzwischen dort eingetroffenen Kanonenboot „Sloworm“ aufgenommen werden sollen. Für die Ueberführung werden die gegenwärtig in Tihany weilenden Militärvertreter Englands, Frankreichs und Italiens Sorge tragen.

Gorthy Thronkandidat?

Budapest, 31. Oktober. (W.B.) Seit einigen Tagen werden in der Hauptstadt und auf dem Lande Flugzettel ohne Unterschrift verbreitet, die unter Hinweis auf die Verdienste des Reichsverweyers seine Proklamierung zum König fordern. Die Flugzettel, die nicht zensuriert sind, erregen großes Aufsehen und werden allgemein besprochen. Es ist das erstemal, daß in der Öffentlichkeit in unverschämter Weise für eine Königs-kandidatur Gorthys Stimmung gemacht wird, während bisher sein Name nur in Verbindung mit der Kandidatur Erzherzogs Albrecht genannt wurde. Als Führer der Bewegung, die Gorthy zum König machen will, wird der Abgeordnete Julius Gombos genannt.

Die Großmächte gegen eine Intervention.

London, 1. November. (W.B.) Reuter glaubt zu wissen, daß die Regierungen der Kleinen Entente benachrichtigt worden sind, daß die Großmächte jede aktive Intervention gegen Ungarn im Augenblick mißbilligen.

Wien, 1. November. (W.B.) Wie die „Deutschen Nachrichten“ melden, wurde über den tschechischen Bezirk Kollin der Belagerungszustand verhängt, weil die einberufenen Tschechen sich weigern, dem Mobilisierungsbefehl nachzukommen.

Prag, 1. November. (W.B.) Aus Vpito Szent Mikols wird gemeldet, daß dort ein Sohn Stefan Rakoojzys verhaftet worden ist.

Die Taktik der französischen Sozialisten.

Paris, 1. November. (W.B.) Der sozialistische Parteitag behandelte gestern die Frage der Taktik der Partei. Der Generalsekretär der Partei, Paul Faure, will keine Allianz mit den bürgerlichen Parteien, auch keine Allianz mit der äußersten Linken. Die Partei müsse bleiben, was sie ist und was sie seit der Spaltung gewesen sei. Der Redner sprach auch von der Wahlkampagne, durch die die Partei einen Teil ihrer Anhänger verlieren könne. Die Partei müsse sich das Recht vorbehalten, eine Koalition einzugehen, wenn die Wahlen vor der Tür ständen. Der Abg. Blum warnte den Kongreß vor einer Ueberstürzung gefährlicher Entscheidungen. Er ersuchte, keine Entscheidung über die innere Politik der Partei anzunehmen. In der augenblicklichen Kammer sehe er nicht die notwendigen Elemente, um einen Block der Linken zu bilden.

Polen und das Wirtschaftsabkommen.

Warschau, 1. November. (Antel.) Der Ministerrat beschloß in seiner letzten Sitzung für das deutsch-polnische Abkommen u. a. folgende Forderungen zu erheben: Die Eisenbahn bleibt in Rattowiz und wird für ganz Oberschlesien zuständig sein. Die notwendigen Eisenbahnanlagen im polnischen Gebiet werden als Teil des deutschen Bahnnetzes ausgeführt werden. Die polnische Mark soll zu einem noch festzusetzenden Kurs umgerechnet und der deutschen Mark gleichgesetzt werden.

Amerikas Forderungen an Rußland.

Paris, 1. November. (W.B.) Wie der Sonderberichterstatter des „Matin“ aus Washington meldet, wird Staatssekretär Hughes vor der Konferenz mit den Russen folgende drei Bedingungen stellen: 1. Aufgabe des Systems des Terrors sowie jeder Agitation im Ausland; 2. Wiederherstellung eines normalen politischen und wirtschaftlichen Regimes, mit dem man verhandeln könne, und 3. Garantien, daß dieses Regime dauernd sei und das Privateigentum schütze.

Das Programm von Washington.

Paris, 1. November. (EE.) Aus New York telegraphiert Bertinaz dem „Echo de Paris“: Die Bureaus des amerikanischen Staatsdepartements haben alle Berichte auf die Fragen vorbereitet, die von der Konferenz erörtert werden können: Abrüstung zu Lande und zur See, Wiederherstellung der Unabhängigkeit und der Integrität Chinas, europäische Finanzprobleme, die zwar nicht offiziell auf der Tagesordnung stehen, aber gemäß einer Aeußerung des Unterstaatssekretärs im Schahamt, Wadsworth, erörtert werden sollen. Man weiß noch nicht, ob die amerikanische Abordnung einen Gesamtplan aufstellen wird, welcher die gesamten Arbeiten der Konferenz regeln soll, oder ob sie nur das Programm der amerikanischen Politik festlegen wird und es der Konferenz überläßt, sich ihr eigenes Programm aufzustellen. Harding neigt der letzten Auffassung zu, denn er glaubt, daß gewisse Beratungen zunächst fallen gelassen und später wieder aufgenommen werden könnten.

Bezüglich der Abrüstung sollen Harding und Hughes, dem „Echo de Paris“ zufolge, auf dem Standpunkt stehen, daß Frankreich Garantien gegeben werden sollen, um es zufriedenzustellen. Ueber die Art dieser Garantien verlauteit inzwischen noch nichts. Ferner wünschen Harding und Hughes, daß die Flottenverhältnisse festgesetzt werden sollen, und zwar nicht nur die bestehenden, sondern auch die der im Bau befindlichen, wobei die zu verteidigende Küste, die budgetären Einnahmen, die Bevölkerungsverhältnisse usw. in Betracht gezogen werden sollen.

Bezüglich Chinas werden auf der Konferenz folgende Empfehlungen vorgelegt werden: Aufhebung der Einfuhrzölle, die zugunsten Japans, Japans, Englands und Frankreichs in den letzten 25 Jahren in China geschaffen wurde, mit der etwaigen Ausnahme, daß der Pachtvertrag Japans auf der Insel Hiao Loang, der im März 1923 abläuft, verlängert wird. Kiautschau kann vielleicht ohne den Hafen von Tjingtau bei Japan verbleiben, während Schantung unbedingt abgegeben werden muß. Alle Rechte und Konzessionen, die seit 1911 erworben wurden, sollen einer Revision unterzogen werden. Diese Revision soll sich auch auf früher erworbene Rechte erstrecken, insbesondere auf den chinesisch-japanischen Vertrag von 1850, der Tokio in der Mandchurei ein Wirtschaftsmonopol sicherte. Das Finanzkonförium, das von England, Amerika, Japan und Frankreich am 15. Oktober 1920 gegründet wurde, wird seine Operationen bis in die Mandchurei ausdehnen. Als Gegengewicht gegen die Aufhebung der japanischen Privilegien wäre die Neutralisierung der chinesischen Eisenbahnen zu betrachten. Von Tibet soll nicht auf der Konferenz gesprochen werden. Es soll auch weiterhin unter englischem Einfluß bleiben.

Bertinaz weist der Ansicht, daß Frankreich auf eine Mitarbeit Amerikas nicht rechnen dürfe, da sich dieses hauptsächlich um seine Angelegenheiten und um die des fernen Ostens kümmern müsse. Das günstigste, was Frankreich erhoffen könne, wäre, daß Amerika es ihm überlasse, seine, Frankreichs, Interessen nach Ostindien zu verteidigen.

Inoffizieller Börsenverkehr.

Obwohl heute in Berlin keine offizielle Börse stattfand, haben sich doch zahlreiche Börsenbesucher in den Börsenräumen zusammengefunden. Bei dem inoffiziellen Verkehr, der sich auch an den börsenfreien Tagen nicht ganz unterdrücken läßt, zeigte sich eine bemerkenswerte Zunahme des Angebots aus den Kreisen der Bankwirtschaf. Das Heer der kleinen Spekulanten scheint der Berufspekulation zu folgen, die bereits gestern die hohen Kurse benutzte, um ihre Engagements zu lösen. Man erwartet für die nächste Zeit eine Senkung der Effektenkurse. Sehr fest war die Tendenz heute lediglich für alle russischen Werte im Hinblick auf die Note Tschitscherins an England betreffs Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden. Am Devisenmarkt hielt sich der Dollar bei schwachem Geschäft auf ungefähr 182.

Valuta und Ausfuhrabgaben.

Von Wilhelm Reil

Das furchtbare Valutaelend Deutschlands ist zu einer Gewinnquelle der Industrie und Landwirtschaft geworden, deren Ergiebigkeit noch weit größer ist als die der Heereslieferungen in den Kriegsjahren. In dem Maße, in dem der Wert der Mark im Wechselverkehr mit den valuta starken Ländern sinkt, steigen die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Die kleinen Hemmungen, die in früheren Jahren dem raschen Aufeinanderfolgen von Valutaerleichterung und Steigerung der Nahrungsmittelpreise durch die „Zwangswirtschaft“ bereitet wurden, sind mit der Herabsetzung der Freiwirtschaft gefallen. Da auf ein rasches Ansteigen des Marktwertes nicht zu hoffen ist, müssen wir uns in den nächsten Wochen und Monaten auf Preissteigerungen gefaßt machen, die alles bisher Erlebte in den Schatten stellen. Der kapitalistisch betriebene Landwirtschaft werden daraus noch sabelhaftere Gewinne erwachsen, als sie bisher erzielt hat.

Der Industrie geht's nicht schlecht, namentlich, so-
weit sie für die Ausfuhr arbeitet. Je tiefer der Markkurs,
desto größer die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie
gegenüber dem Ausland mit besserer Währung. Denn trotz
der auf die Markentwertung folgenden Preissteigerung wachsen
die Produktionskosten nicht in dem Maße, in dem die Mark
sinkt. Vor allem der aus Arbeitslohn bestehende Teil der
Produktionskosten bleibt hinter dem Anstieg der Preise in
immer größer werdenden Abstand zurück. Mit anderen Wor-
ten: je geringer der Wert der Mark im Auslande, desto
größer der Unterschied zwischen den Löhnen in Deutschland
einerseits, dem valuta starken Ausland andererseits. Kostet
der Dollar 150 M., so gilt die Mark noch 28 Friedenspfennige,
und der Arbeiter, der 10 M. Stundenlohn bekommt, verfügt
damit über 28 Friedenspfennige. Ein Stundenlohn von
10 M. ist heute schon ein respektable. Der amerikanische
Arbeiter arbeitet nicht für 28 Friedenspfennige, sondern
beansprucht das Sechsfache dieses Betrages. Um den
ganzen Betrag der Differenz zwischen der Höhe der Löhne
im Inland und in Amerika ist der deutsche Exporteur seinem
amerikanischen Konkurrenten voraus. Er kann aus dem
Differenzbetrag die Transportkosten und Spesen bestreiten,
kann den amerikanischen Konkurrenten unterbieten und wird
immer noch beispiellos hohe Gewinne erzielen.

Wir wünschen nun nicht etwa, daß der deutsche Unter-
nehmer zugunsten des ausländischen Käufers auf diese Ge-
winne verzichtet. Im Gegenteil, wir wollen, daß er mit seinen
Preisen möglichst nahe an die Herstellungskosten herankommt,
um die dieselbe Ware im Ausland erzeugt wird. Andernfalls
fördern wir den Ausverkauf Deutschlands, treiben Scheuder-
konkurrenz mit dem kostbarsten Gut, das wir haben, mit der
menschlichen Arbeitskraft. Am sichersten wird diesen Gefahren
vorgebeugt, wenn der deutsche Exporteur die Preise seiner
Waren in ausländischer Währung berechnet. In
diesem Falle vermag der ausländische Bezahler der deutschen
Ware nicht jeden Sturz der deutschen Mark in einen Preis-
gewinn umzumünzen, wie es bei der Zahlung in Mark der
Fall ist.

Aber der deutsche Exporteur hat keinen persönlichen
Anspruch auf den großen Gewinn, den er zu machen in der
Lage ist. Vermag er, obgleich er nur den 5- bis 10fachen
Friedenslohn zahlt, den 30- bis 40fachen Friedenspreis zu er-
zielen, so verdankt er das dem grauenvollen Finanzelend des
eigenen Landes und Volkes. Der exportierende Unternehmer
soll daher dreierlei tun: erstens seine Arbeiter so bezahlen, daß
sie ihre Leistungsfähigkeit nicht einbüßen, zweitens eine von
volkswirtschaftlichen, nicht von privategoistischen Beweggrün-
den geleitete Finanzpolitik treiben, die ihm über die Schwierig-
keiten einer etwaigen Rückbildung des Marktkurses hinweghilft,
drittens einen angemessenen Teil seiner Riesengewinne an die
Volksgemeinschaft, aus deren Not sie entspringen, abführen.

Dieser letzteren Pflicht des Exporteurs sei noch ein Wort
gewidmet. Im Prinzip ist die Abführung eines Teils der
Valutagewinne für die Zwecke des allgemeinen Wohls schon
in der zweiten Kriegshälfte anerkannt worden. Helfferich hat
als Staatssekretär des Innern bereits im Herbst 1916 eine
Vorlage zwecks Erhebung von Ausfuhrabgaben an den
Bundesrat gebracht, sie aber während der Beratung zurück-
gezogen und die Erhebung solcher Abgaben auf dem Wege
freier Vereinbarung mit den Interessenten betrieben. Die
Abgaben reichten schon damals, als die Mark noch auf mehr
als 80 Centimes stand, bei manchen Waren, so bei der Kohle,
bis zu 10 Proz. des Wertes heran. Im Herbst 1919, nachdem
inzwischen (trotz des sinkenden Marktkurses!) unter dem Druck
der Unternehmer die meisten Waren von der Ausfuhrabgabe
befreit waren, wurde eine neue Grundlage geschaffen. Die
Mark stand schlecht. Bis aber die neue Ausfuhrabgaben-
ordnung in Kraft trat, kam das Frühjahr 1920, die Mark stieg
wieder etwas, und rasch schritt man wieder zum Abbau der
Abgaben mit der Wirkung, daß von einer großen Zahl von
Waren eine Abgabe überhaupt nicht mehr erhoben, für die
übrigen Sätze von 1 bis 3 Proz. (!) festgesetzt wurden. Da
das Erträgnis für soziale Zwecke Verwendung fand (Berbilli-

